

Leitartikel

Missbrauch im landesweiten System

Politik, Kirche und Öffentlichkeit tolerierten jahrzehntlang ein System der Gewalt und des Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen. Hunderte Existenzen wurden dadurch psychisch vernichtet und ein Leben in Würde unmöglich gemacht.

Von Peter Nindler

Warum war dies in Tirol alles nur möglich? Wer hat das zugelassen, wer hat weggeschaut? Die Antwort ist einfach: alle! Auch nach der Überwindung des NS-Regimes wurde noch jahrzehntlang ausgegrenzt, Integration war ein Fremdwort. Wer nicht den gesellschaftlichen Normen entsprach, den sperrte das damalige Nachkriegs-Establishment weg. Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche wurden nicht mit Therapien vom Rand der Gesellschaft wieder in ihre Mitte geholt, sondern zwangsweise ausgesondert. Politik, Kirche und Öffentlichkeit tolerierten dieses landesweite System der Jugendfürsorge, weil sie

ihm ideologisch nahestanden sind. Ideologie war das eine, Missbrauch und Gewalt entluden sich jedoch als tägliche Ausläufer. Das hatte natürlich wie immer niemand gewollt, doch vor Ort in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie in den öffentlichen und kirchlichen Heimen vollzog sich der erschütternde Alltag. Gewalt war offiziell verboten, doch Gesetze und Hausordnungen erwiesen sich als geduldig. Das System funktionierte – von der Kinderbeobachtungsstation (Kinderpsychiatrie) der umstrittenen Psychiaterin Maria Nowak-Vogl bis hin zum Landeserziehungsheim St. Martin in Schwaz. „Maria Nowak-Vogl war eine Vertreterin der konservativen, biologischen und an

den Prinzipien von Law and Order orientierten Position“, brachte es die von der Medizinischen Universität eingesetzte Expertenkommission gestern auf den Punkt. Die Therapie von Nowak-Vogl bestand aus struktureller Gewalt, Beschämung, Demütigung, Schlägen und medikamentöser Ruhigstellung, wie es der Historiker Horst Schreiber beschreibt. Die erschütternden Vorgänge im Erziehungsheim St. Martin, wo Arbeit als Therapie bezeichnet, von den Mädchen aber als Zwang empfunden wurde, erscheinen im Lichte von Nowak-Vogl als logische Konsequenz ihrer unangemessenen und Merkmale terroristischer Gewalt aufweisenden Behandlungsmethoden in der Kinderbeobachtungsstation. Schließlich

fungierte die Klinikleiterin nicht nur als Konsiliarärztin von St. Martin, sondern auch als enge Beraterin.

Vom Land Tirol hofiert, von den Gerichten als Gutachterin geachtet, von der Klinik als Psychiaterin forciert und von der Diözese protegert und auch ausgezeichnet, erklärt die Biographie von Maria Nowak-Vogl, warum so vieles im heiligen Land Tirol möglich war. Das System hat leider funktioniert.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 1 und 5

peter.nindler@tt.com



Eigentlich

Landesvater und Visionär

Von Peter Plaikner

Häupl zu Mittag, Pühringer am Abend, davor die Hitparade der Landeshauptleute: ORF und Austria Presse Agentur verstärken via „Pressestunde“, „Im Zentrum“ und „Vertrauensindex“ just dann den Eindruck regionaler Machthabe, wenn nationale Kompetenz gefragt ist. Das mag zeitlicher Zufall sein, illustriert aber Kräfteverhältnisse: Statt neuer Bundesregierung stehen alte Landeshauptlinge auf der Agenda. Die Hollywood-Satire „Wag The Dog“ (Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt) findet in der Politikerpräsenz rund um Österreichs Budgetloch eine reale Fortsetzung.

Das wäre durchaus sinnvoll, wenn eine zeitgemäße Regionalität an die Stelle jenes Nationalismus träte, der mit Zähigkeit das Werden einer Supermacht Europa verhindert. Doch der Aufmarsch der Landeshauptlinge dient bloß zur Verteidigung jenes Föderalismus, der als anderes Wort für Finanzausgleich wirkt: möglichst viel vom Bundesgeld, denkbar wenig Staatsverantwortung.

Nationale Macht entsteht in Österreich realpolitisch aus regionaler Gewährung. Das kann sogar zukunftsweisend sein für ein Europa der Regionen, wo vor allem diese Identitätsstiftend sind. Doch um solchen Fortschritt zu erreichen, müssen Provinzstatthalter ihre Verhaltensmuster ändern: Geld von jeder Gemeinschaft bedingt Mitverantwortung für das Ganze. Das bedeutet keinen Abschied der Landespolitik vom Bundestropf. Aber es bringt als vornehmste Aufgabe die Bewusstseinsbildung für eine schöne neue Welt jenseits der eigenen Grenzen. Der wahre Landesvater ist ein interregionaler Visionär.



pp@plaikner.at

Peter Plaikner ist Medienberater und Politikanalyst mit Standorten in Tirol, Wien und Kärnten.

Frage des Tages (2268 Teilnehmer)

Seit Freitag haben in Innsbruck die ersten zwei (von sechs) Christkindmärkte geöffnet. Der letzte wird am 6. Jänner schließen. Was halten Sie davon?

11% Von mir aus könnten die Christkindmärkte das ganze Jahr über offen halten.

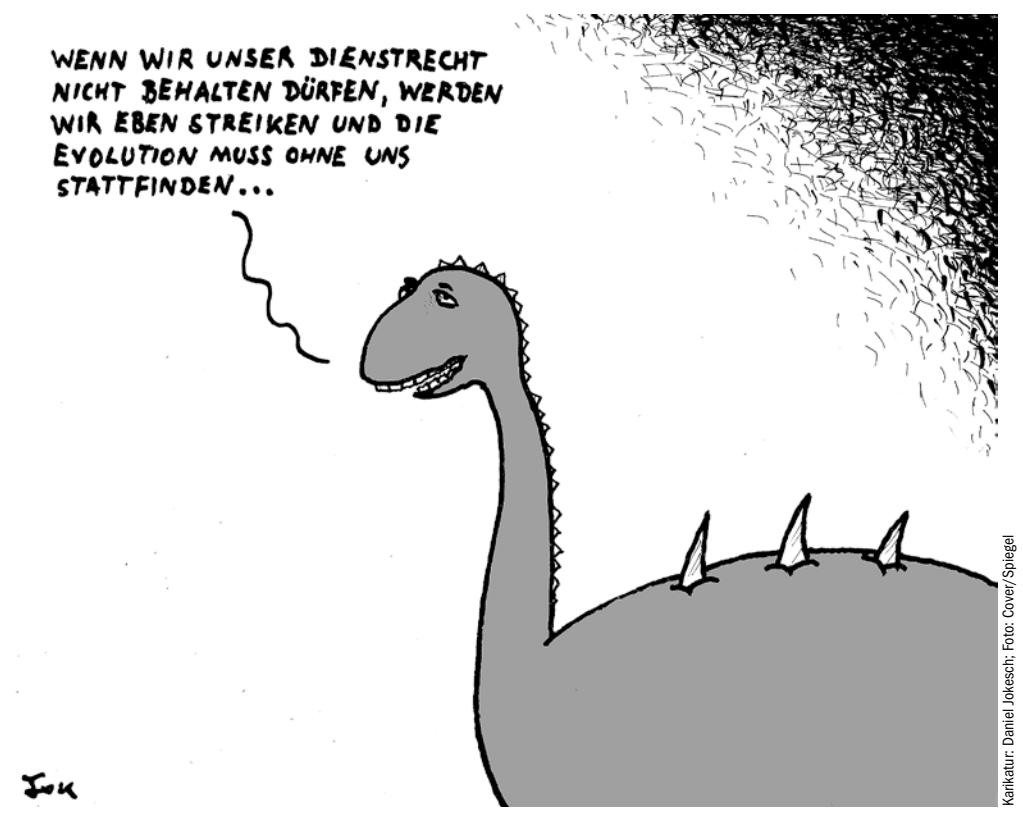
55% Ich halte nichts von diesen immer längeren Öffnungszeiten. Nur rund um die vier Adventwochenenden, das reicht.

34% Ich gehe nicht mehr zu den großen Christkindmärkten. Das ist Kommerz und hat mit Tradition nur mehr wenig am Hut.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur



„Ein altes Problem“

Karikatur: Daniel Jonesch; Foto: Cover/Spiegel

Analyse

Was, wenn Kletterhallen die neuen Tennishallen sind?

Von Anita Heubacher

Das ist den vorherigen Generationen schlecht ein Vorwurf zu machen. Im Wirtschaftsaufschwung glaubten die Verantwortlichen daran, dass in jedem Kuhdorf das Potenzial für eine Tourismusmetropole steckt. Dementsprechend wurde gebaut. Schwimmbäder, Tennishallen, Lifte und natürlich Hotels. Noch dazu kommt die Kleinstrukturiertheit des Landes, wo die politische Macht bis zur Gemeindegrenze reicht. Dementsprechendes Wettüben zwischen den Gemeinden führt jetzt zum Problem der veralteten touristischen Infrastruktur.

Mit dem heutigen Wissensstand und den Forschungsmethoden geht es vor allem darum, alte Fehler nicht mehr oder sie, soweit es geht, wiedergutzumachen. Da spießt es sich. Für einen Bürgermeister ist es fast unmöglich, einen Lift oder

ein Schwimmbad zu schließen. Über Jahre werden der marode Lift und das alte Schwimmbad subventioniert, um am Ende festzustellen, dass es nicht mehr geht. Das hätte man billiger haben können, wenn Bürgermeister und Gemeinderäte keine Wahlen gewinnen müssten. Noch dazu kommt, dass die alte, defizitäre Infrastruktur Geld verschlingt, das für neue, sinnvolle und zukunftsreiche Projekte fehlt.

Umso mehr braucht es ein Konzept, wo was Sinn macht und wo was entstehen soll. Tirol muss endlich gesamtheitlicher denken. Das Land ist überschaubar, die Entfernungen zumutbar und der öffentliche Nahverkehr immer besser ausgebaut. Nicht jede Gemeinde kann alles bieten. Schwerpunkte gehören gesetzt, da hat die Opposition aus SPÖ und Liste Fritz schon Recht. Da die Kletterdestination, dort die Ski-Zentren et cetera pp. Allerdings müsste der Gestaltungswille der Landespolitik sehr stark sein. Schließlich ist die Gefahr groß, Bürgermeister und Parteigänger zu vergraulen. Ohne Konzept poppt da und dort neue Infrastruktur auf. Was, wenn die neu gebauten Kletterhallen die leerstehenden Tennishallen von morgen sind?



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 5

anita.heubacher@tt.com

Kopf des Tages

Ein weltfremdes Puzzleteil im Kunstkrimi

Cornelius Gurlitt (Besitzer des Münchner Kunstschatzes)

Als sich die deutschen Ermittler vor knapp zwei Wochen erstmals öffentlich zu dem spektakulären Kunstfund in München äußerten, ließ der Augsburger Oberstaatsanwalt Reinhard Nemetz nicht zuletzt mit der Antwort auf die Frage nach dem Verbleib von Cornelius Gurlitt aufhorchen: „Ich weiß nicht, wo er sich aufhält, weil uns diese Frage gar nicht beschäftigt“, so Nemetz damals. Und: „Das bedeutet nicht, dass er unauffindbar ist.“ Dass die mediale Hetzjagd auf Gurlitt daraufhin einigermaßen hysterisch werden würde, war unschwer vorauszusehen. Darüber jedenfalls klagte der heute 80-Jährige im *Spiegel*, der „das Phantom“ auf einer Zugreise zum Arzt begleitet hat. Und einen herzkranken, weltabgewandten Mann schildert, der die Welt nicht mehr versteht. Einen, der schon als Kind seinem Vater, dem erfolgreichen Kunsthändler Hildebrand Gurlitt, der Geschäfte mit den Nazis gemacht hat, gefallen wollte. Der sich nach dem Tod der Eltern mit dem ererbten Kunstschatz in die Anonymität seiner Münchner Wohnung zurückgezogen hat. Und der jetzt das Vorgehen der Behörden nicht versteht: „Die hätten doch warten können mit den Bildern, bis ich tot bin“, wird Gurlitt im *Spiegel* zitiert. Historische Verantwortung scheint für ihn kein Thema zu sein: Die Behörden wollen dem Bericht zufolge mit ihm über eine freiwillige Rückgabe seiner Bilder sprechen. „Das mache ich auf keinen Fall“, sagt Gurlitt. Ob er das überhaupt muss, ist ein anderer, vielleicht noch heiklerer Punkt, der wiederum nur ein Puzzleteil in diesem Kunstkrimi ist, der sich zum immer größeren Skandal ausweitet. Denn den Großteil der offenen Fragen, etwa danach, warum der Kunstfund rund zwanzig Monate geheim gehalten wurde, kann auch das nun aufgestöberte Phantom nicht beantworten. Die Behörden hüllen sich nicht nur darüber in Schweigen. (jel)

